

NEWSLETTER

“SWISS-BALTIC CHAMBER OF COMMERCE SBCC”

Vertreter von OSEC und SEC

Mitglied der Dachorganisation SwissCham

Regelmässig seit 1998

www.swissbalticchamber.com, www.Tallinn.ch

Auf unserer Webseite finden Sie unter Swiss News Linkverbindungen zu aktuellen Themen in der Schweiz

Kiriku 2, EE-10130 Tallinn, Estland

e-mail: swisschamber@sbcc.ee

Tel.: +372 645 09 16, Fax: +372 631 15 77

14 Seiten Datum: 01. 04. 10

ESTLAND

Die Traumata des roten Holocaust wirken fort



Kurz vor Ostern gedachten die Menschen im gesamten Baltikum der Massendeportationen Tausender in die sibirischen Gulags durch die sowjetischen Machthaber während der Vierzigerjahre.

In Tallinn legten Bürger, Schulklassen, und Politiker am Platz der Freiheit 25.000 Trauerkerzen nieder. Neben Staatspräsident Thome Hendrik Ilves sprachen zahlreiche offizielle Persönlichkeiten zum Thema der Massendeportationen von Menschen in die sibirischen Straflager.

Unter dem nachstehenden Link kann die Kerzenaktion auf dem Tallinner Freiheitsplatz angeschaut werden.

<http://www.postimees.ee/?g=1081&art=241758#41167>



Tausende Deportierte starben damals; einige kamen nach Jahren der Schinderei zurück in ihre Heimat (links das Bild einer Gedenkveranstaltung aus Riga).

Unter dem Tyrannen Stalin starben nach Angaben des 2006 verstorbenen ehemaligen estnischen Präsidenten Lennart Meri rund 40 Millionen Menschen in den Straflagern durch Mord, Unterernährung, Krankheit und Erschöpfung.

Die meisten von ihnen waren Gefangene aus Russland. Ein wesentlicher Teil der intellektuellen Elite Russlands sollte ausgelöscht werden. Viele wurden in Massengräbern

verscharrt. Unter Stalin herrschte ein Horrorregime. Noch heute steht eine Büste des Tyrannen an der Kremllmauer in Moskau und noch heute werden dem Massenmörder zu Ehren frische Nelken niedergelegt. Man stelle sich einmal vor, am Berliner Reichstag stünden heute Denkmäler ehemaliger Nazigrößen.

Jede Familie hat zu den Deportationen ihre eigene Geschichte. Zum diesjährigen Jahrestag der Deportationen erzählten zwei Rückkehrer im Schulhaus von Kõrveküla nahe Tartu vorige Woche von ihren Erlebnissen.

Der spätere estnische Parlamentarier Enn Tarto wurde am 25. September 1938 im Landkreis Tartu auf einem Bauernhof geboren. Er berichtete, wie die rote Armee auf Befehl Moskaus mit Hilfe der damals in Estland lebenden rund 5.000 bis 6.000 örtlichen Kommunisten die Deportationen durchgeführt hätten.

Bereits als 17-jähriger wurde Enn Tarto das erste Mal in das sibirische Mordva einer sog. Autonomen Republik Sibiriens gebracht. Er weilte von 1956 bis 1960 im Gulag und dann wieder von 1962 bis 1967 und nochmals von 1983 bis zur Perestroika 1988. 1956 hatte er sich anlässlich des Ungarnaufstandes zum Freiheitskampf beflügeln lassen. Er verfasste später Bücher darüber. Bis in die späten Fünfzigerjahre hatten sich einige Tausend sog. Waldbrüder in den riesigen Wäldern Estlands in getarnten Erdbehausungen versteckt um immer wieder mit Anschlägen gegen die Diktatur



anzugehen, in der Hoffnung, der Westen werde ihnen schliesslich helfen, sie vom Joch der Diktatur zu befreien. (Links im Bild Enn Tarto bei seiner Erzählung vergangene Woche.) Die Waldbrüdergeschichten waren im Westen weitgehend unbekannt. Die Deportationen aus dem Baltikum seien in drei Wellen erfolgt, so Enn Tarto, beispielsweise aus Estland am 14. Juni 1941 mit 10.000 Menschen, davon seien bereits in den ersten Jahren über 4.000 ums Leben gekommen. Die zweite Welle erfolgte am

25. März 1949 mit 20.702 Menschen, davon 70% Kinder, Frauen und Alte. Dies sei geschehen, um der Bevölkerung Angst einzujagen, damit sie sich bei der Kollektivierung der Betriebe fügten, als es galt, die Bauernhöfe zu Kolchosen und Sovchosen zusammen zu fassen. Enn Tartos Mutter war Briefträgerin und wurde am Deportationstag brutal von KGB-Schergen zusammengeschlagen, weil man sie falscher Personalangaben bezichtigte, was sich später als Missverständnis entpuppte, da man sie

mit jemandem auf der Deportationsliste verwechselt hatte. Sie floh und kam erst zurück, als die deutsche Wehrmacht das Land besetzt hatte. Enn Tarto schilderte seine Erlebnisse aus der Sicht eines kleinen Jungen. Er berichtete, dass schon lange vor den Deportationen durch die Kommunisten Listen der zukünftigen Opfer erstellt worden seien. 1951 kamen die Gläubigen verschiedener Religionsgruppen an die Reihe. Auch sie wurden in Viehwaggons weggeschafft. Bis zu seiner erneuten Verhaftung studierte Enn Tarto an der Uni in Tartu.



Zu den am 14. Juni 1941 deportierten Menschen gehörte auch die damals 23 jährige frisch verheiratete Bauerntochter Endla Tallo (Foto links), die mit ihren heute 92 Jahren berichtete, wie sie im Viehwagen abtransportiert wurden und ihren Mann nach der Festnahme nie wieder gesehen hat. Sie weilte 17 Jahre im Gulag, arbeitete dort schliesslich auf einer Kolchose und durfte später sogar russische Kinder betreuen. Heute lebt sie zurückgezogen in ihrem Bauernhof, einem Gästehaus, in Kõrveküla.

Moody's erhöht das Rating für die baltischen Länder



Am 31. März hat die Rating-Agentur Moody's Investors Service, wie auch der baltische Dialog in Berlin meldet, die Aussichten des Baa1 Ratings der litauischen Regierung von negativ auf stabil erhöht. Dieses Upgrade spiegelt die relativ schnelle Stabilisierung der Wirtschaft und Senkung der finanziellen Belastung der gesamten Region. "Die litauische Wirtschaft hat sich schneller stabilisiert als bisher angenommen und auch schneller als die anderen baltischen Staaten", sagte Kenneth Orchard von Moody's - Sovereign Risk Group. Nach einem sehr starken Rückgang ab Mitte 2008 endete die Rezession offenbar schon im dritten Quartal 2009. Allerdings bleibt das Haushaltsdefizit der Regierung hoch, was dazu führt, dass die Verschuldung auch weiterhin zunehmen wird. "Die Pläne der Regierung, das Defizit bereits für 2012 unter die 3% Grenze zu bringen, um den Maastricht-Kriterien für den Eurobeitritt zu genügen, ist wohl ein zu ehrgeiziges Ziel in den aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen", sagte Orchard. Das letzte Rating von Moody's über Litauen fand am 28. September 2009 statt. Damals hat Moody's die Landes- und Fremdwährungsratings von A3 negativ auf Baa1 negativ herabgestuft. Die Ratingagentur Moody's hat ebenfalls ihre Bewertung der Wirtschaftsaussichten von Estland und Lettland von "negativ" auf "stabil" angehoben. Mit dieser Verbesserung können die drei baltischen Staaten damit rechnen, dass ihre Kreditwürdigkeit in nächster Zeit nicht abgewertet wird. Estland wird inzwischen mit A1 eingestuft. Lettland und Litauen müssen sich wegen hoher Defizite und massiver Schulden mit einem "below investment-grade"-Rating begnügen. Die Arbeitslosigkeit hat in Lettland am stärksten zugenommen auf rund 230.000 Personen (22,8 %), gefolgt von Estland 93.000 (15,2 %) und Litauen mit über 300.000 Arbeitslosen (14,6 %).

Estlands direkter Weg zum Euro



Ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein gehört offiziell nicht zu den Kriterien des Maastricht-Vertrags, die ein Euro-Kandidat erfüllen muss. In Estland ist man jedoch sicher, dass überzeugtes Auftreten nicht schaden kann. "Wir werden unseren erfolgreichen Weg mit der Euro-Einführung 2011 krönen", verkündet Ministerpräsident Andrus Ansip. Und auch Finanzminister Jürgen Ligi ist sicher, dass Estland im Januar 2011 als 17. Mitglied der Eurozone beitrifft. Unternehmer Jaan Puusaag vom Baustoff-Hersteller Krimelte sprach jüngst einen anderen Punkt an: "Estland ist ein nördliches Land. Wir mögen Regeln und tricksen nicht." Manager und Politiker fürchten: Wegen der Sorge um den Krisenstaat Griechenland könnte Estlands Euro-Wunsch noch scheitern. Bundeskanzlerin Angela Merkel versuchte zum Abschluss des EU-Gipfels, diese Ängste zu zerstreuen. "Wir werden keine zusätzlichen Bedingungen stellen, nur weil wir ein Problem mit einem langjährigen Euro-Mitgliedsstaat haben", sagte sie in Brüssel. Estland werde so fair behandelt wie jeder der anderen Beitrittskandidaten.

Erst Ende vergangener Woche teilte das Statistikamt in Tallinn mit, dass das Haushaltsdefizit 2009 bei 1,7 % lag und damit deutlich unter der Maastricht-Grenze von 3 %. Für das laufende Jahr erwartet die Regierung einen Fehlbetrag von 2,2 %, bis 2013 sollen sogar wieder Überschüsse erzielt werden. "Ich denke, wir haben gute Chancen, die Kriterien zu erreichen, aber letztlich hängt alles von der EU-Kommission und der EZB ab", sagte ein Vertreter der estnischen Notenbank.

Tanel Ross, Vize-Staatssekretär im Finanzministerium, gibt sich diplomatisch: "Wir verstehen, dass die Europäische Zentralbank, EU-Kommission und die Euroländer sehr genau prüfen." Die Zahlen, so Ross, sprechen für Estland: Mit knapp 10 % habe man europaweit die niedrigsten Staatsschulden und sei Lichtjahre von Griechenland mit 112 % entfernt. Seit 2004 sei die estnische Krone fest an den Euro gebunden. Natürlich sei Estland mit seinen 1,3 Millionen Einwohnern und einem Bruttoinlandsprodukt von 13 Milliarden Euro ein kleiner Fisch, aber der 44-jährige Ross ist selbstbewusst: "Wir möchten nicht nur vom Image des Euros profitieren, sondern zu seiner Stabilität beitragen."

Der Zeitplan ist eindeutig: Ende vergangener Woche schickte Tallinn die Daten nach Brüssel, zwei Monate später sollen Kommission und die EZB Empfehlungen abgeben, im Juni werden die 16 Euro-Länder entscheiden. Ihnen bleibt eine Hintertür offen: Das Zinskriterium ist auf Estland nicht anwendbar, da wegen der geringen Staatsverschuldung kein Markt für estnische Staatsanleihen existiert. Zuletzt mahnte die Experten von Deutsche Bank Research: "Estland hat eine faire Bewertung verdient." Laut den Analysten geht es "weniger um ein Ja oder Nein als um ein Wann".

Verärgert registriert man in Tallinn, dass in Skandinavien und Westeuropa die baltischen Länder noch immer als Einheit gesehen werden - dabei müssten es die Schweden besser wissen, deren Banken den baltischen Boom mit billigen Krediten angeheizt hatten. Die Unterschiede sind gross: Während Lettland nur mit einem Milliardenkredit des IWF und der EU der Pleite entging, blieb Estland dank eines brutalen Sparkurses handlungsfähig - obwohl die Wirtschaft 2009 um etwa 14 % schrumpfte, so stark wie in kaum einem anderen EU-Land.

In Tallinn weist man darauf hin, dass man dem lettischen Nachbarn mit Krediten geholfen habe. Nicht nur wegen der sprachlichen Verwandtschaft fühlen sich die Esten den Finnen stärker verbunden als Letten und Litauern. "Die Nähe zu Finnland hat uns von 1991 an geholfen", sagt Vize-Staatssekretär Ross. Neben den Investitionen aus dem Norden habe man sich stark an der offenen, wettbewerbsfähigen Wirtschaft orientiert.

Vielleicht hilft es den Esten, dass mit Olli Rehn ein Finne in der EU-Kommission für Währungsfragen zuständig ist.

Noch heute profitiert Estland von der mutigen Modernisierung: Während Lettland den Staatsapparat aufblähte, verschlankte man in Tallinn die Strukturen. Steuererklärungen werden nur übers Internet erledigt und seit 2005 können Bürger online wählen. Zudem trug der Erfolg des Onlinedienstes Skype, das an der Ostsee entwickelt wurde, zum Image bei.

Die in der Region aktiven deutschen Firmen wünschen sich den Euro im Baltikum, wie auch viele estnische Unternehmen. "Für uns würde sich wenig ändern, aber es wäre psychologisch wichtig", sagt Anu Hallik-Jürgenstein von der BLRT Grupp. Der Konzern ist in sieben Ländern im Schiffbau und im Gasgeschäft aktiv und rechnet bereits in Euro. Sie hofft, dass sich die Politiker nicht zu weit aus dem Fenster lehnen: "Es wäre schlimm, wenn Brüssel ablehnt. Das würde unserem Image schaden." Ähnlich urteilt Annika Linberg von der Nordea-Bank: "Sollte Estland den Euro nicht bekommen, könnte dies den einsetzenden Aufschwung beschädigen." Die Politiker werden die Warnungen nicht stören: Estland wählt im März 2011 ein neues Parlament und Premier Ansip will sich als erfolgreicher Manager präsentieren. Verständlicherweise spreche der liberale Premier lieber über das Design der Euro-Münzen, nörgelt die Opposition, statt über die nach wie vor wachsende Arbeitslosigkeit, die derzeit inoffiziell bei rund 120.000 Personen liegen dürfte.

Zeitungen protestieren mit einer leeren Seite gegen ein Pressequellenschutzgesetz



Künftig sollen in Estland Journalisten mittels strafrechtlicher Bestimmungen dazu gezwungen werden, die Namen von Informanten preiszugeben. Aus Protest haben am 18. März führende Printmedien des Landes, wie die Tageszeitung "Postimees", die Wirtschaftszeitung "Äripäev" sowie das Boulevardblatt "Ohtuleht" jeweils eine leere Seite veröffentlicht. „So droht unsere Zeitung in Zukunft auszusehen“, schrieb „Eesti Päevaleht“. Die Aktion richtet sich gegen eine als "Pressequellenschutzgesetz" bezeichnete Gesetzesvorlage von Justizminister Rein Lang (links im Bild). Ein Entwurf des Justizministeriums über ein „Pressequellenschutzgesetz“ liegt dem Parlament vor. Und würde nach Meinung der Medien ganz im Widerspruch zu seinem Namen diesen Quellen- und Informantenschutz von Journalisten aushebeln. Aus Sicht der estnischen Journalistenvereinigung und des Verbands der Zeitungsherausgeber macht das Gesetz künftig investigativen Journalismus in Estland effektiv unmöglich, weiter führen sie an, dass der journalistische Quellenschutz in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankert ist. Der Gesetzentwurf sieht vor, die Journalisten zu verpflichten, notfalls ihre Informationsquellen offen zu legen. Somit werden die Journalisten kein Recht mehr haben, ihre Informanten zu schützen, auch dann nicht, wenn sie anonym bleiben wollen. Estland hat bislang kein Gesetz, das den Quellen- und Informantenschutz von Medien ausdrücklich garantiert. Es gibt nur einen internen Pressecodex. Nun will die Regierung diesen Schutz zwar gesetzlich verankern - aber nur im Prinzip. Das Gesetz enthält nämlich über 50 Ausnahmen von der Regel. In der Praxis würde das den Quellenschutz so gut wie vollständig beseitigen, befürchtet Dirk Voorhoof, Professor für Medienrecht an der belgischen Universität Gent: „Die Ausnahmen würden den angeblichen Gesetzeszweck aushebeln.“. Beim Verstoß drohen den Journalisten Geld- oder Gefängnisstrafen. Minister Lang hat seinen Vorschlag dagegen als notwendige

Schliessung einer gesetzlichen Lücke verteidigt. Es gibt in Estland bereits eine entsprechende Bestimmung für TV-Journalisten. Fernsehsender müssen auf Anordnung des Gerichts bereits jetzt ihre Informationsquellen enthüllen. Das Gesetz will es auch möglich machen, dass ein Gericht im Rahmen einer einstweiligen Verfügung das Erscheinen von Artikeln schon vor ihrer Publizierung stoppen kann. „Allein der blosser Verdacht, eine Zeitung könnte möglicherweise für jemand unbequeme Informationen veröffentlichen, könnte genügen eine solche Gerichtsentscheidung mit Strafandrohung gegen den Verlag zu erwirken“, sagt Meelis Mandel, Chefredakteur von „Äripäev“: „Investigativer Journalismus würde damit unmöglich.“ Und Mandel warnt: „Das Gesetz würde uns in den Hinterhof der Pressefreiheit zurückversetzen. Noch hält Estland eine vordere Position auf den internationalen Ranglisten.“ Auf der von „Reporter ohne Grenzen“ liegt Estland auf einem stolzen sechsten Platz – Deutschland rangiert da beispielsweise erst auf Rang 18. Über das Gesetz soll am 7. April im Parlament (Riigikogu) in Tallinn abgestimmt werden.

Estland verkauft CO2-Zertifikate an Österreich



Estland besitzt freie 85,9 Mio. Tonnen CO2-Zertifikate. Beim Versuch, seine Klimaschutzziele zu erfüllen, muss Österreich Verschmutzungsrechte zukaufen. Eben wurde ein Deal mit Estland fixiert, bestätigt Doris Ostermann vom österreichischen Umweltministerium. Tallin verkauft Österreich 1,4 Mio. Tonnen CO2-Zertifikate. Über den Kaufpreis sagt das Ministerium nichts. Auch bei der Kommunalkredit Public Consulting (KPC), die den Zertifikatankauf abwickelt, gibt man sich verschlossen. Im Schnitt liege der Preis je Tonne bei neun Euro, sagt Geschäftsführerin Alexandra Amerstorfer.

Kontroverse über den Flughafen am Trinkwassersee



Der am Vormittag des 18. März auf dem Tallinner Trinkwassersee niedergegangene Flieger hat hierzulande eine Kontroverse über die Gefahren ausgelöst, die lauern, wenn ein Flugzeug ins Wasser fallen würde. Je nach Windrichtung überfliegen alle Flugzeuge den See entweder nach dem Start oder vor der Landung. Zwar konnte dieses DHL-Flugzeug auf dem zugefrorenen See notlanden, dennoch floss Öl und Treibstoff in relativ geringer Menge ins Wasser, nachdem das Flugzeug langsam zu versinken begann. Nun kam die Frage auf, ob es nicht sinnvoller wäre, den internationalen Flughafen in Tallinn an einen anderen Ort zu verlegen, was allerdings vom Innenminister vehement zurückgewiesen wurde mit dem Hinweis, man hätte derzeit andere Prioritäten. Der Ülemistensee versorgt ohne Alternative die estnische Hauptstadt

mit Trinkwasser. - Schliesslich wurde der Vogel auf einem Tieflader abtransportiert, nachdem man ihm die Flügel entfernt hatte.

Estnischer Lastwagenfahrer 7 Wochen lang unterwegs



Sieben Wochen lang hat ein Lastwagenfahrer aus Estland täglich hinter dem Steuer gesessen. Damit hat er laut Polizei massiv gegen die vorgeschriebenen Ruhezeiten verstossen. Den Beamten war der 44-Jährige durch sein unsicheres Fahren auf der A 1 Richtung Hamburg aufgefallen. Bei der Kontrolle stellten die Beamten fest, dass der Mann nicht einmal die minimale Wochenendruhezeit von 24 Stunden eingehalten hatte. Für die Verstösse müssen Fahrer und Halter nun mit einer Kautionshöhe von 30.000 Euro rechnen.

In Estland und Lettland besteht Auto-Lichtpflicht



Nichtwissen schützt vor Bussgeld nicht. So muss in Dänemark, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen und Schweden laut dem ADAC auf allen Strassen tagsüber das Fahrlicht eingeschaltet werden. Wer sich nicht an die Lichtpflicht hält, muss teilweise tief in die Tasche greifen: So ist zum Beispiel

in Estland mit 190 Euro und in Norwegen mit 185 Euro Bussgeld zu rechnen.

LETTLAND

Riga beschafft sich neue Trämli



Die lettische Hauptstadt Riga will sich zunächst 20 neue Strassenbahnen aus Tschechien von der Firma Skoda zum Preis von 52 Millionen Euro anschaffen. Jedes Fahrzeug bietet 300 Personen Platz. Die Trambahnen haben jeweils eine Länge von 31,6 Metern und sind 2,5 Meter breit. Bereits im Herbst sollen die ersten Unterflurtrams durch die Strassen von Riga fahren. Dazu sollen die Tramstationen

schrittweise entsprechend umgebaut werden. Wie gemeldet wurde, soll der Gesamtmodernisierungsprozess des Strassenbahnsystems bis 2032 dauern und zu einem bisher budgetierten Preis von bis dahin 706 Millionen Euro erfolgen

Sind die Auflagen und Massnahmen des IWF tatsächlich so erfolgreich?



Im vergangenen Monat erläuterte der Analyst Frank Gill von S&P gegenüber der Nachrichtenagentur Bloomberg die Folgen der IWF-Intervention in Lettland. Nach phantastischen Lohnsenkungen von 45 % im öffentlichen Dienst und 5 – 30 % in der Privatwirtschaft "sind die Löhne wieder sehr wettbewerbsfähig". Die lettische Wirtschaft musste einen

Rückgang um 19 % hinnehmen, und die Arbeitslosigkeit erreichte im Dezember 22,8 %. Das ist die höchste in der EU. Die Armut, die in Lettland durchgesetzt wird, schliesst eine Erholung der Wirtschaft oder der Staatsfinanzen aus. Gill erklärte: "Was fehlt, sind neue Arbeitsplätze. Nur neue Arbeitsplätze können die Wirtschaft auffangen. Bis dahin werden sinkende Löhne und steigende Arbeitslosigkeit die öffentlichen Finanzen

fraglos schwer belasten." Gill erwartet, dass die lettische Wirtschaft 2010 erneut schrumpfen wird.

Lettland zwischen Turbokapitalismus und aufgelassenen Kolchosen



Freunde deutscher Nobelkarossen konnten sich freuen. In Lettland, Estland und Litauen fanden sie das, was ihr Herz höher schlagen lässt. In den Strassen Tallinns, Rigas oder Vilnius' reihten sich Stosstange an Stosstange Mercedes', Audis, Porsches und BMW, und all das von der teuersten und edelsten Sorte. Und wie gut passten doch diese Prunkstücke zu den sorgfältig restaurierten Fassaden der alten Bürgerhäuser, deren hanseatisches Flair alten und neuen Wohlstand demonstrierte. Auch die Preise der Immobilien passten zu denen der Nobelkarossen. Bis zu 6.500 Euro wurden in den Innenstädten pro Quadratmeter verlangt. Hoch waren die Preise auch in den edlen Boutiquen, feinen Cafés und vornehmen Restaurants, in denen man junge Leute, gekleidet in der allerneuesten Mode, traf, denen es offensichtlich blendend ging. Und da waren die riesigen Supermärkte, so gross wie sonst nur in den USA. Sie boten all das, was man aus Paris, Wien oder Frankfurt gewohnt war. Wer konnte angesichts dieser Tatsachen noch daran zweifeln, dass es den sagenhaften Aufstieg der baltischen Tigerstaaten wirklich gab, dass hier eine Erfolgsgeschichte der Europäischen Union geschrieben wurde. Doch dies war nur die eine, blendende Seite des Baltikums, und nur die bekam der



Wochenendtourist in der Regel zu sehen. Liess man aber einmal die herausgeputzten Innenstädte hinter sich, bot sich ein ganz anderes Bild. Man durchquerte riesige Plattenbausiedlungen, die seit dem Ende der Sowjetunion nicht einen neuen Anstrich gesehen haben, passierte stillgelegte Fabriken, deren zerfallene Fassaden mit gigantischen Reklameschildern verdeckt sind. Ging es weiter in das flache Land hinein, so wurde das Bild noch trostloser: Aufgelassene Kolchosen, Nebenstrassen, auf denen Gras wächst, und überall verlassenes Land, das sich die Natur langsam zurückerobert. Man hätte es längst wissen können, hätte man sich dafür nur interessiert: Um die baltischen Staaten stand und steht es überhaupt nicht gut. In Litauen liegen seit Jahren ganze Landstriche brach, in denen keine Agrarwirtschaft mehr betrieben wird. In Lettland und in Estland leiden viele Menschen unter Arbeits- und Perspektivlosigkeit, oft sind es Russen die oft sind russisch stämmige Bewohnerin die in ihren öden Neubausiedlungen Alkohol- und Rauschgiftsucht und Prostitution verfallen. Wer weiss schon, dass aus diesem Grund ausgerechnet der neoliberale Musterstaat Estland das Land mit der höchsten AIDS-Rate nördlich der Sahara ist? Und wer hat zur Kenntnis nehmen wollen, dass seit dem Beitritt der baltischen Länder zur EU 2004 immer mehr, meist gut ausgebildete junge Menschen ihre Heimatländer verlassen haben und ihr Glück in Westeuropa, vor allem in Grossbritannien und Irland, suchen?

Das hohe Leistungsbilanzdefizit Lettlands eine Folge von Wirtschaftskolonialismus?



In dem Artikel von Michael Hudson (links im Bild) und Jeff Sommers: „Latvia’s Road to Serfdom“ (<http://www.counterpunch.org/hudson02152010.html>) wird Lettland als klassisches Modell angeschaut, von einem schuldenbasierten Entwicklungsweg, der diesem Land vom Internationalen Währungsfonds, der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank (EZB) zudedacht wurde. Die hochentwickelten kerneuropäischen Länder, mit dem Exportweltmeister Deutschland an der Spitze, nehmen für ihre Exporterlöse viel Geld ein. Dieses Geld verleihen sie zu günstigen Zinsen vornehmlich an Kreditnehmer in den wirtschaftlich schwächeren europäischen Ländern der EU-Peripherie. Dieses Geld wurde aber nicht in die Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft oder in die Erneuerung der maroden Infrastruktur gesteckt. Zu 80 % flossen die privaten Kredite in den Hausbau und heizten damit den Immobilienboom an. Viel Geld wurde auch für all die schönen Güter und Dienstleistungen aus Deutschland und anderswo ausgegeben. Den Leistungsbilanzüberschüssen Kerneuropas standen natürlich hohe Leistungsbilanzdefizite der europäischen Peripherie gegenüber. In den baltischen Staaten erreichten diese Defizite seit ihrem Beitritt zur EU im Jahr 2004 immer neue Rekordmarken. An der Spitze stand auch hier Lettland. Sein Leistungsbilanzdefizit kletterte von 11,8 im Jahr 2004, über 11,2 in 2005 auf 21,1 in 2006 und erreichte schliesslich 2007 den in Europa höchsten Wert von 24,3 %. Man vermutet, dass bereits gut 200.000 der 2,3 Millionen Einwohner Lettlands im Ausland leben und arbeiten. Wie in einem Entwicklungsland stellen die Überweisungen dieser Arbeitsimmigranten inzwischen eine der wichtigen Finanzquellen des Landes dar. Zum Bild des Niedergangs gehört auch der drastische Geburtenrückgang.

Lebensmittelhilfsaktion für verarmte lettische Bevölkerungsteile



Rund eine Million Lebensmittelpakete sollen dieses Jahr gratis an die ärmsten Teile der Bevölkerung Lettlands verteilt werden. Laut einem Bericht der Rigaer Tageszeitung "Diena" vom Dienstag werden in der Hauptstadt Riga knapp 20.000 Bürger als so arm eingestuft, dass ihnen einmal im Monat ein Paket mit Grundnahrungsmitteln zuerkannt wurde. Das Lebensmittelprogramm wird von der EU finanziert. Die Pakete enthalten laut "Diena" verschiedene Mehlsorten, Milchpulver und je zwei Liter Milch. Für die Verteilung der Lebensmittelpakete sollen das Rote Kreuz und andere Hilfsorganisationen sorgen. Die Aktion soll im April anlaufen. In diesem Winter stellte die staatliche Elektrizitätsgesellschaft Latvenergo auf Initiative von Wirtschaftsminister Artis Kampars rund 100.000 praktisch nicht zahlungsfähigen Kunden 500 Kilowattstunden Strom gratis zur Verfügung. Lettland ist eines der von der Wirtschaftskrise der vergangenen eineinhalb Jahre am stärksten betroffenen Länder der EU.

Der Daimlerkonzern zahlte in Lettland Schmiergeld



Das wirft ein schlechtes Licht auf das Land, meint die Tageszeitung "Latvijas Avīze": "Es ist interessant, dass an diesem

und anderen grossen Korruptionsskandalen häufig gerade westliche Firmen beteiligt sind. Daimler hat unter anderem in China, Kroatien, Ägypten, Griechenland, Ungarn, Indonesien, Nigeria, Russland, Lettland, Thailand, Turkmenistan und Vietnam Schmiergeld bezahlt. Beim Betrachten dieser Liste fällt auf, dass sich die westlichen Unternehmen weniger zu Hause die Hände schmutzig machen, dafür aber akzeptieren, dass solche Methoden in anderen Ländern möglich oder sogar unausweichlich sind. ... Die schlechte Nachricht dabei ist, dass Lettland in den Augen westlicher Geschäftsleute offenbar zu den Ländern gehört, in denen ohne Bestechung wenig zu erreichen ist. Und die Passivität, mit der Lettland auf solche Nachrichten reagiert, ist ein Zeichen dafür, dass diese Kritik zutrifft.”

LITAUEN

AKW Rally zwischen Moskau, Minsk und Vilnius



Seit einem Jahr hat Litauen wieder ein Ministerium für Energie, dem der parteilose ehemalige Vizewirtschaftsminister Arvydas Sekmokas (links im Bild) vorsteht. Er kämpft gegen die Auswirkungen eines „oligarchischen Energiemonopols“ und will die Baltenrepublik aus der EU-Energie-Isolation und Ostabhängigkeit führen. Sekmokas führt aus,

dass nach der Schliessung des AKW Ignalina Litauen von einem Stromexporteur zu einer Defizitregion geworden ist, mit mehr als 50 % Import – aus Lettland, Estland und der grössten Menge aus Weissrussland/Ukraine/Russland. Vor wenigen Wochen wurde in der Exklave Kaliningrad der Grundstein für das Baltiyskaya (baltische) AKW gelegt. Auch Weissrussland habe den Bau eines AKW angekündigt – beide an der litauischen Grenze. Litauen hat 2004 den Bau eines neuen AKW verlautbart, danach folgte Stillstand. Als Litauen nun den Bau wieder aufgenommen hat, gab es plötzlich Wladimir Putins Dekret zum Baubeginn in Kaliningrad. Das ist eine politisch motivierte Entscheidung, es besteht keine wirtschaftliche Notwendigkeit. Das sind noch immer Versuche, Litauen im Ostenergiesystem zu halten. Plötzlich sollen direkt an der litauischen Grenze – die weissrussische Anlage wäre knapp 50 Kilometer von Vilnius entfernt – zwei AKW entstehen, deren Sicherheits- und Umweltschutzanforderungen nicht mit den EU-Auflagen in Einklang sind. Das sei eine wichtige Sicherheitsfrage für die ganze EU. Mehr als 60 % der Litauer befürworte Nuklearenergie, das sei die höchste Rate aller EU-Länder. Die Litauer spüren auch auf dem Energiesektor Druck von Russland gegen die Bestrebungen nach einer vollen EU-Integration. Deswegen soll unabhängig vom Tun der Nachbarn und der Nutzung anderer Energiequellen Litauen sein eigenes AKW bis 2020 in Betrieb nehmen. Dies sei nötig, weil Litauen nicht genügend andere Energieressourcen habe, um die Defizitsituation zu verbessern.

Ministerpräsident Kubilius in Moskau



Wie die Webseite der russischen Föderation (<http://www.premier.gov.ru/eng/events/news/9918/>) mitteilt, hat es zum ersten Mal seit sechs Jahren am 26. März ein Treffen zwischen den Regierungschefs von Russland und Litauen gegeben. Der Besuch des litauischen Ministerpräsidenten Andrius Kubilius in Moskau sei zudem der erste eines litauischen Regierungschefs seit dem Zerfall der Sowjetunion,

sagte sein russischer Kollege Wladimir Putin. Die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern seien in der Vergangenheit "bescheiden" gewesen, sagte Putin. Der Besuch von Kubilius ermögliche jedoch, im beiderseitigen Interesse für Energie- und Infrastrukturprojekte Probleme auszuräumen. Kubilius bekräftigte, dass die wichtigsten bilateralen Fragen die wirtschaftliche Zusammenarbeit betreffen. Die Beziehungen zwischen Russland und Litauen gelten als gespannt, vor allem seit Vilnius im Jahr 2004 der Europäischen Union und der NATO beitrat. "Der Warenumsatz hat früher 5,5 Milliarden Dollar ausgemacht. Keine kleine Summe für Litauen. Infolge der Krise ist der Warenumsatz leider auf knapp 4,5 Milliarden Dollar gesunken", so Putin. "Litauen hat Interesse an den Handelsbeziehungen mit Russland. Moskau ist unser zuverlässiger Partner", betonte Kubilius. Der Premierminister hat Putin eingeladen, am 1.- 2. Juni dieses Jahres Vilnius zu besuchen, um an einer Sitzung der Regierungschefs der Ostsee- Anrainerstaaten teilzunehmen, zu dem die Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Teilnahme bereits bestätigt hat.

Der litauische Premierminister ist bemüht, sein Land gegen den Vorwurf zu verteidigen, es sei homophob



Zuletzt ist das baltische Land immer wieder in die Kritik geraten, weil die Stadtregierung der Hauptstadt Vilnius und mehrere Parlamentsabgeordnete versuchten, die für den 8. Mai geplante "Baltic Pride" zu verhindern oder an den Stadtrand zu drängen, während Nationalisten am 11. März im Stadtzentrum von Vilnius auch homophobe Parolen skandieren konnten. Zuletzt hatte die schwedische EU-Ministerin Birgitta Ohlsson die Versuche als "Schande" bezeichnet. Auch die "Intergroup on Gay and Lesbian Rights" im Europäischen Parlament hat sich mittlerweile des Falles angenommen. Jetzt wehrt sich Premierminister Andrius Kubilius gegen die Kritik. In einem Radiointerview sagt er: "Meiner persönlichen Meinung nach ist Litauen gleich tolerant wie andere Länder, zum Beispiel Norwegen oder Dänemark, und man kann es weder nationalsozialistisch noch homophob nennen", stellt Kubilius seinen Standpunkt klar. Allerdings ist die Parade nicht der einzige Punkt, in dem Litauen Homophobie vorgeworfen wird: Im letzten Jahr passierte ein Jugendschutzgesetz das Parlament, durch das Homosexualität in der Öffentlichkeit quasi verboten worden wäre. Erst auf Druck der Europäischen Union wurde das Gesetz entschärft.

Kriminalität

4 Litauer in Stuttgart mit 24.000 Euro Falschgeld ertappt



Kriminalbeamte haben am 23. März gegen in der Innenstadt in einem Kleinlieferwagen aus Litauen über 24 000 Euro Falschgeld gefunden und sichergestellt. Die vier Insassen, Litauer im Alter von 22, 37 und 38 Jahren, wurden vorläufig festgenommen. Sie werden mit Antrag der Staatsanwaltschaft Stuttgart auf Erlass von Haftbefehlen einem Richter vorgeführt. Fahnder des Kriminaldauerdienstes hatten den Kleinlieferwagen mit litauischem Kennzeichen angehalten, die Insassen überprüft und anschliessend den Wagen durchsucht. Die Beamten fanden dabei 486 Fünfzig-Euro-Falsifikate. Die Ermittlungen dauern an.

Lettische Rentnerin wegen 2 Hühnern ermordet

Um sich mit zwei Hühnern aus dem Staub zu machen, haben in Ostlettland zwei Gauner eine 73-jährige Rentnerin mit einer Axt erschlagen.

Für ein Dach über dem Kopf in den Knast

Im finnischen Turu hat ein 53-jähriger estnischer Arbeitsloser versucht, eine Bank auszurauben. Von den erraubten 410 Euro verbrauchte er 31.20 Euro zum Kauf von Cognac, dabei wartete er auf die Polizei und gab das Restgeld zurück. Bei der Verhaftung erklärte er, dass er ins Gefängnis wollte, damit er zu essen und ein Dach über dem Kopf hätte. Als er nach 20 Tagen Haft entlassen werden sollte, forderte er eine längere Haftstrafe, da er sonst wieder auf der Strasse leben müsse.

Kultur



13.04.2010 um 18 Uhr
Im Kuppelsaal der Estnischen Nationalbibliothek

Treffen mit dem Autor
ANDREAS ITEN
Schweizer Schriftsteller und Politiker


Präsentation der estnischen Übersetzung seines Buches
“**ANNA GALANTE**” (übersetzt von Reet Kudu)



Eröffnung: Beat Bürgi, Botschaftsrat der Schweizerischen Botschaft Helsinki
Auszüge aus dem Roman lesen der Autor und Tanel Saar vom VAT-Theater
Musikalische Einleitung: Tallinner Kammerchor, Dirigent Aivar Leštinski
Anschließend Diskussion bei Häppchen und einem Glas Schweizer Wein

Die Veranstaltung ist in deutscher und estnischer Sprache
Information und Anmeldung: Tel. 630 7404, shveits@nlib.ee

— GEBERT RÜF STIFTUNG —

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Schweizerische Botschaft



Deutsch-Baltische Handelskammer
in Estland, Lettland, Litauen
Saksa-Balti Kaubanduskoda
Eestis, Lätis, Leedus

Tallinn, 26. März 2010

DBHK-Jahrestagung

Thomas Schöllkopf neuer Präsident der Deutsch-Baltischen Handelskammer in Estland, Lettland, Litauen (AHK)

Thomas Schöllkopf ist am 26. März 2010 zum neuen Präsidenten der Deutsch-Baltischen Handelskammer in Estland, Lettland, Litauen (AHK) gewählt worden. Das Vorstandsmitglied der ERGO International AG ist Nachfolger von Dr. Gunter Dunkel, Vorstandsvorsitzender der Norddeutschen Landesbank (NORD/LB), der nach sechs erfolgreichen Jahren an der Spitze der größten ausländischen Wirtschaftsvereinigung in den baltischen Staaten satzungsgemäß nicht mehr für eine weitere Amtsperiode kandidieren konnte.

Der 52-jährige Schöllkopf ist seit 2008 im Vorstand der ERGO International AG für den Geschäftsbereich Osteuropa zuständig. Davor verantwortete er für die weltweit in über 30 Ländern vertretene deutsche Versicherungsgruppe die Steuerung der Tochtergesellschaften und Auslandsaktivitäten in Mittel- und Osteuropa. Eine frühere Karrierestation des Diplomökonomen war die AMB Generali Holding AG.

Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen Schwerpunkt des neuen Präsidenten

„Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den baltischen Staaten sind historisch gewachsen und traditionell gut. Ich freue mich, als Präsident der Deutsch-Baltischen Handelskammer diese Beziehungen weiter stärken und intensivieren zu können“, erklärte Thomas Schöllkopf nach seiner Wahl auf der Jahrestagung in Tallinn. „Mit den Projekten und Aktivitäten der Handelskammer werden wir dazu beitragen, dass die enge Verflechtung der Volkswirtschaften auch in Zukunft Bestand haben wird. Ebenso werden wir weitere Impulse für eine Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen deutschen und baltischen Unternehmen setzen.“

Der neue Präsident betonte, dass er an die erfolgreiche Arbeit von Dr. Gunter Dunkel anknüpfen wolle und würdigte seinen Vorgänger für dessen Einsatz bei der Gründung und in den wichtigen ersten Jahren der Kammer. „Wir sind Dr. Dunkel für sein hohes persönliches Engagement zu großem Dank verpflichtet. Ohne ihn wäre die positive Entwicklung und der Erfolg der Deutsch-Baltischen Handelskammer nicht in dieser Form möglich gewesen“, so Thomas Schöllkopf.

In der aktuell wirtschaftlich schwierigen und unsicheren Zeit liege der Fokus der Kammer nach Aussage von Schöllkopf vor allem auf dem weiteren Ausbau des Dienstleistungs-, Informations- und Beratungsangebotes für Mitglieder und andere Unternehmen. Desgleichen werde sich die AHK auch in Zukunft aktiv und kritisch am wirtschaftspolitischen Dialog beteiligen, um gemeinsam mit Politik und Verwaltung optimale unternehmerische Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand in Estland, Lettland und Litauen zu schaffen. Indem sich die Handelskammer für den Erfolg der deutschen Unternehmen vor Ort einsetze und die zunehmenden Export- und Investitionsbemühungen baltischer Unternehmen unterstütze, werde sie gleichzeitig auch zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland beitragen.

Weitere personelle Veränderungen im Gesamtvorstand

Neben dem bisherigen Präsidenten Dr. Gunter Dunkel schieden auf der Jahrestagung turnusgemäß auch der bisherige Vizepräsident Bertolt Flick (airBaltic Corporation AS), Schatzmeister Michael Schminke (Baltik vairas UAB), Niels Lund Chrestensen (N.L. Chrestensen Erfurter Samen- und Pflanzenzucht GmbH) und Jānis Kraulis (Knauf SIA) sowie Dr. Achim Saul (E.ON Ruhrgas International) aus dem Gesamtvorstand aus.

Neu in den Vorstand der Deutsch-Baltischen Handelskammer in Estland, Lettland, Litauen (AHK) gewählt wurden Dr. Dietmar Luz (KTG Agrar AG) und Dr. Peter Frankenberg (E.ON Ruhrgas International). Ebenfalls erstmalig vertreten sind der lettische Regionalpräsident Jörg Tumat (Latvijas Gāze AS) sowie Jens-Christian Pastille (Rödl & Partner SIA) und Dirk Zwick (Baltik vairas UAB).



Deutsch-Baltische Handelskammer
in Estland, Lettland, Litauen
Saksa-Balti Kaubanduskoda
Eestis, Lätis, Leedus

In ihre zweite Amtszeit startet Eva Dude (IHK Offenbach am Main). Nach ihrer Wiederwahl wird sie auch in den kommenden drei Jahren dem Gesamtvorstand angehören. Ebenso weiterhin vertreten sind die Regionalpräsidenten Estlands und Litauens, Michael Stenner (Hotel Telegraaf) und Werner Schilli (DnB NORD bankas AB), sowie Jan Vogel (Oiltanking Tallinn AS).

Der neue Vorstand der Deutsch-Baltischen Handelskammer in Estland, Lettland, Litauen (AHK) im Überblick:

- Thomas Schöllkopf (ERGO International AG) – *Präsident*
- Michael Stenner (Hotel Telegraaf) – *Vizepräsident*
- Jörg Tumat (Latvijas Gāze AS) – *Vizepräsident*
- Werner Schilli (DnB NORD bankas AB) – *Vizepräsident*
- Dirk Zwick (Baltik vairas UAB) – *Schatzmeister*
- Eva Dude (IHK Offenbach am Main)
- Dr. Peter Frankenberg (E.ON Ruhrgas International AG)
- Dr. Dietmar Luz (KTG Agrar AG)
- Jens-Christian Pastille (Rödl & Partner SIA)
- Jan Vogel (Oiltanking Tallinn AS)
- Maren Diale-Schellschmidt (AHK) – *Geschäftsführendes Vorstandsmitglied*

Nähere Informationen:

Alexander Welscher

Information und Kommunikation,

Tel.: +371 67320724

E-Mail: alexander@ahk-balt.org

Deutsch-Baltische Handelskammer in Estland, Lettland, Litauen (AHK)

Die Deutsch-Baltische Handelskammer in Estland, Lettland, Litauen ist Teil des weltweiten Netzes deutscher Auslandshandelskammern (AHKs) und als einzige internationale Handelskammer in der Region mit derzeit mehr als 360 Mitgliedsunternehmen über die drei baltischen Staaten organisiert.

www.ahk-balt.org